

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 168/2007

Cathleen Fisher (ext.)

Werte und Politik im amerikanischen Kontext

Lehren für Deutschland?

Berlin/Sankt Augustin, Januar 2007

Ansprechpartner: Dr. Karl-Heinz Kamp
Koordinator für Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: 0 30 / 2 69 96 35 10
E-Mail: karl-heinz.kamp@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Inhalt

Einleitung	3
Verschiedene gesellschaftliche Rahmenbedingungen, verschiedene Wertedebatten	4
Deutsch-amerikanische Gemeinsamkeiten: Anreize und Möglichkeiten für Werte in der Politik	9
Schlussfolgerung: Lektionen aus der amerikanischen Praxis?	12
Die Autorin	16

Einleitung

Die amerikanischen Kongresswahlen 2006 sind durch die Unzufriedenheit der Wähler mit dem Irakkrieg, Präsident Bush und Korruption in der Politik entschieden worden. Im Vergleich zu 2004 spielten Werte eine nebensächliche Rolle in den meisten Wahlkämpfen; wo an Werte appelliert wurde, trafen die amerikanischen Bürger widersprüchliche Entscheidungen.

Dennoch ist es voreilig, zu glauben, dass die Wertedebatte in den USA vorbei wäre – wenn sich auch der Rahmen der Debatte verschiebt. Die Zwischenwahlen (*mid-term elections*) 2004 gingen mit einem ungewöhnlichen Zusammentreffen von Ereignissen einher. Zudem blieben die Wähler über die Bedeutung von Werten in der Politik und deren Einfluss auf Parteiprogramme gespalten. Folglich werden beide Parteien weiterhin – teilweise – Wähler auf der Basis von Werten ansprechen.

Was kann man aus den amerikanischen Erfahrungen mit Werten in der Politik lernen? Gibt es ausreichende Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, sodass bestimmte Schlussfolgerungen für den deutschen Kontext gezogen werden können – oder ist die amerikanische Situation einzigartig? Wenn eine Wertedebatte in der deutschen Politik sowohl möglich als auch notwendig ist, welche Rückschlüsse können aus den Erfahrungen in den USA gezogen werden?

Dieses Arbeitspapier bewertet die mögliche Relevanz der amerikanischen Wertedebatte für Deutschland. Es beginnt mit einer Diskussion der wichtigen Unterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, die zu sehr verschiedenen Diskursen über Ethik und Moral geführt haben. Anschließend werden Gemeinsamkeiten herausgearbeitet, die dazu führen, dass man sich in beiden Ländern stärker den Werten widmet, die den jeweiligen politischen Entscheidungen innewohnen. Das Papier schließt mit einer Analyse der Lehren – sowohl positive als auch negative – die man aus dem amerikanischen Beispiel ziehen kann.

Verschiedene gesellschaftliche Rahmenbedingungen, verschiedene Wertedebatten

Gesellschaftliche Unterschiede zwischen den USA und Deutschland haben wichtige Konsequenzen für die jeweiligen Debatten über die Bedeutung von Werten und Moral im politischen Prozess und bei politischen Entscheidungen. Der wichtigste Unterschied bezieht sich auf die Rolle der Religion in der amerikanischen Öffentlichkeit und im politischen Leben, da die amerikanische Wertedebatte in erster Linie von religiösen Gruppen vorangetrieben wurde. Ein vierter Faktor besteht in den jeweiligen Erfahrungen mit sozialen Unterschieden.

Amerikanische Religiosität und deutscher Säkularismus

Ein fundamentaler Unterschied betrifft die Rolle von Religion im öffentlichen Leben. In den Vereinigten Staaten bleibt Religion eine wichtige Quelle persönlicher Moralvorstellungen und -vorsätze, die dann in die öffentliche Sphäre hinein reichen und die Debatte über Werte beeinflussen.

Trotz der verfassungsrechtlich verankerten Trennung von Kirche und Staat und größerem Laizismus in weiten Teilen der Bevölkerung stechen Amerikaner unter den hoch entwickelten Ländern wegen ihrer Religiosität weiterhin heraus. Laut Norris und Inglehart, zwei anerkannten Wissenschaftlern, die weit reichende komparative Forschungen auf Grundlage der *World Values Survey* durchgeführt haben, bleiben die Vereinigten Staaten „eines der religiösesten im Club der reichen Länder, zusammen mit Irland und Italien [...] Dies macht Amerika zu einem der religiösesten Länder der Welt“¹. Es erzeugt auch einen gesellschaftlichen Kontext, in dem Amerikaner einer öffentlichen Diskussion über fundamentale Werte positiv gegenüberstehen.

Die größere Religiosität der Amerikaner findet ihren Ausdruck sowohl im Verhalten, als auch in den Überzeugungen:

- Sechs von zehn Amerikanern sagen, dass ihnen Religion sehr wichtig ist. Eine beträchtliche Mehrheit glaubt an Gott. Die meisten Amerikaner geben an, dass

1 Pippa Norris und Ronald Inglehart, „Sellers or Buyers in Religious Markets? The supply and demand of religion in the US and Western Europe,” paper presented at the conference on „The New Religious Pluralism and Democracy,” Georgetown University, Washington, D.C., April 21-22, 2005, S. 7.

sie gelegentlich ein Gotteshaus besuchen, vier von zehn behaupten wöchentlich ein Gotteshaus aufzusuchen.

- Amerikaner haben eine überaus positive Sicht auf die Rolle der Religion in der Gesellschaft, weil sie überzeugt sind, dass Religion es einem Individuum ermöglicht, ein besseres Leben zu führen. Religion trägt damit zur Lösung gesellschaftlicher Probleme bei.
- Religiöse Elemente drücken markant die amerikanische Sichtweise der Welt und ihren Platz darin aus. Viele Amerikaner teilen die kollektive Wahrnehmung der Vereinigten Staaten als eine außergewöhnliche, „auserwählte“ Nation, eine „Stadt auf dem Hügel“. Sie ist dazu bestimmt, ihrer Berufung zur Umgestaltung durch Vorbild oder Taten gerecht zu werden.
- Amerikaner sehen keinen Widerspruch zwischen Modernität und Religiosität. Die USA haben sich erneuert, Religion jedoch bleibt vitaler Bestandteil des privaten und öffentlichen Lebens. Mit anderen Worten: die Vereinigten Staaten sind modern, laizistisch und religiös; es gibt keinen wahrgenommenen Widerspruch zwischen diesen drei Attributen und keine Vorbehalte gegenüber Religion im öffentlichen Leben.

Deutschland und die meisten anderen westeuropäischen Länder sind im Gegensatz dazu zunehmend säkularer geworden – sowohl im Hinblick auf traditionelle religiöse Überzeugungen als auch hinsichtlich der Beteiligung an institutionalisierter Religion (obwohl es diesbezüglich Unterschiede innerhalb Europas gibt):

- Die Zahl der Kirchenbesuche ist in den letzten Jahrzehnten stetig gesunken, wenngleich die Deutschen sich immer noch den Kirchen zuwenden um wichtige Lebensriten zu vollziehen (z.B. Taufen, Hochzeiten, Begräbnisse).
- In Anbetracht ihrer Geschichte der religiösen Spaltung und des Konfliktes halten Europäer das Eindringen der Religion in das politische Leben für unklug. Trotz der Existenz gesetzlich anerkannter Kirchen und der Partnerschaft von Kirche und Staat beim Angebot einer religiösen Erziehung in deutschen öffentlichen Schulen sowie anderen sozialen Dienstleistungen, scheinen die Deutschen eine Trennung zwischen religiöser und politischer Sprache und Debatte zu bevorzugen.
- Eher als Religion ist historische Erfahrung der wichtigere Prüfstein für Deutsche, wenn sie über die Rolle ihres Landes in Europa und der Welt nachdenken.

- Die Vorstellungen der meisten Deutschen und anderen Europäer von ihrer Identität werden eher durch Laizismus und durch das Prinzip der Aufklärung unterstützt als durch Religion. Das bedeutet nicht, dass Deutsche die religiösen Traditionen Europas verwerfen. Religion wird aber weniger als spirituelles System von Überzeugungen verstanden, welches moralische Leitlinien und Lebenssinn bietet, sondern als Teil des kulturellen Erbes Europas. Wie der Soziologe José Casanova beobachtet hat, glauben die meisten Europäer, dass ein moderner und aufgeklärter Europäer ein säkularer sein müsse.² Im Hinblick darauf wird und sollte Modernität zu einer schwindenden Rolle von Religion im öffentlichen Leben führen.

Öffentliche kontra private Debatten über Religion und Werte

Der Glaube der Amerikaner an die positive Kraft der Religion überträgt sich auf die Politik. In den USA wird Religion nicht als völlig private Angelegenheit betrachtet. Eine große Mehrheit der Amerikaner möchte, dass ihre politische Elite religiöse Überzeugungen hat. Außerdem glaubt eine Mehrheit, dass Gotteshäuser und führende Geistliche sich in Diskussionen über wichtige soziale und tagespolitische Themen einbringen sollten. Während Präsident Bushs religiöse Referenzen Deutsche und andere Europäer verschrecken mögen, sind Amerikaner im Allgemeinen damit einverstanden, wenn Politiker öffentlich Bezüge zu ihrem persönlichen Glauben offenbaren – eine Lektion, welche die Führungskräfte der Demokraten erst kürzlich gelernt haben.

Deutsche bevorzugen es hingegen, Religion weitgehend als eine private Angelegenheit zu behandeln (so z.B. der Ausspruch „Religion ist Privatsache“). Obwohl – wie in den USA – Religion und religiöse Überzeugungen weiterhin Quelle ethischer und moralischer Leitlinien für Individuen und politische Führungskräfte sind, dringt Religion selten in öffentliche und politische Debatten und Diskurse vor. Deutsche scheinen weitgehend einverstanden damit, dass die gesetzlich anerkannten Kirchen außerhalb der Politik verbleiben, auch wenn sie Perspektiven auf ethische oder spirituelle Belange anbieten können, die für die Gesellschaft als Ganzes von Interesse sind.

2 Siehe José Casanova, „Der Ort der Religion im säkularem Europa“, in: Transit – Europäische Revue, Nr. 27/2004.

Der Nutzen von Werten in einem polarisierten Amerika

Die amerikanische Debatte über Werte ist von dem Wunsch der Parteien vorangetrieben worden, Wählerstimmen in einem klar getrennten und polarisierten Land zu gewinnen. In einem „50-50“ Amerika müssen beide großen politischen Parteien ihre loyalen Wähler – „die Basis“ – sichern, um dann Unterstützer aus anderen Wählerschaften abzuschöpfen, darunter Unabhängige und weniger parteigebundene Wähler. Hier könnte man eine Analogie zur „Koalitionspolitik“ ziehen, doch müssen im amerikanischen Fall siegreiche Koalitionen innerhalb heterogener Massenintegrationsparteien (*catch-all parties*) geformt werden, nicht zwischen ihnen. Beide Parteien haben Religion und Werte auf der Suche nach Stimmen instrumentalisiert. Die republikanische Partei ist besonders erfolgreich darin gewesen, Evangelikale (ungefähr 24 Prozent der Bevölkerung) zu mobilisieren, die dazu tendieren, zuverlässig republikanisch zu wählen. Während der Kongresswahlen 2006 stellten die Demokraten unter Beweis, dass auch sie den Nutzen von Werten erkannt hatten. In mehreren Staaten nutzten demokratische Strategen Initiativen zu Mindestlöhnen und Stammzellforschung – beide als „Wertethemen“ angelegt – um sich an progressive Wähler zu wenden.

In Deutschland gibt es keine vergleichbare Polarisierung. In einem parlamentarischen Vielparteiensystem, in dem Koalitionsregierungen und Konsenspolitik die Regel sind, mag die polarisierende und trennende amerikanische Art der „Basispolitik“ kontraproduktiv für die großen Parteien wirken.

Der „alte“ und „neue“ Pluralismus

Als ein Einwanderungsland haben die Vereinigten Staaten für die meiste Zeit ihres Bestehens mit Vielfalt gelebt; folglich führen Amerikaner eine kontinuierliche Debatte darüber, wessen Werte Amerika ausmachen und was es bedeutet ein Amerikaner zu sein. Um Einheit in der Vielfalt herzustellen haben sich Amerikaner eine „Zivilreligion“ (*civil religion*) zu eigen gemacht, die Elemente des amerikanischen Protestantismus mit nationalen Symbolen und Riten (z.B. dem Fahneneid, dem Aufdruck „In God we trust“ auf amerikanischen Münzen usw.). Gleichzeitig gibt es keine landesweit anerkannten Kirchen, die Mitglieder anderer Glaubensgemeinschaften ausgrenzen würden. Das amerikanische System bietet ferner öffentlichen Raum für eine lebhafte Debatte über Religion. Darüber hinaus ist der amerikanische Identitätsbegriff ein ex-

pansiver. Um Amerikaner zu werden, muss man bestimmte bürgerliche Regierungsgrundsätze akzeptieren. Viele Amerikaner halten aber an ihren ausgeprägten kulturellen und ethnischen Identitäten fest – und zelebrieren diese sogar. Spannungen zwischen den Anforderungen der Integration und dem Wunsch ausgeprägte Identitäten beizubehalten bleiben natürlich bestehen. Die Folge ist eine fast konstante Debatte über Verschiedenheit in all ihren Ausprägungen – ethnisch, rassistisch, kulturell und religiös.

Die deutsche Praxis mit ihrem religiösen, ethnischen und kulturellen Pluralismus ist historisch aufgeladen und gleichzeitig zeitlich jünger. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten ist Deutschland kein klassisches Einwanderungsland, obwohl es nun eine Immigrationspolitik als solche hat. Es hat Reformen unternommen, um den Pfad zur Staatsbürgerschaft zu erleichtern - allerdings unter Berücksichtigung der Anforderungen, die Deutschland an jene haben kann, die sich in sein gesellschaftliches Leben integrieren wollen. Wo Integration verzögert ist, gibt es die problematische Tendenz, die Begriffe *Religion*, *Ethnizität* und *Kultur* zu verwechseln und zu verschmelzen. Zum Beispiel ist es interessant, dass die türkische Bevölkerung in Deutschland, die man früher auch als solche bezeichnete, nun häufig als „Muslime“ kategorisiert wird. Wie in anderen pluralistischen Gesellschaften bleibt die Streitfrage, ob und wie verschiedene ethnische, religiöse oder kulturelle Hintergründe unter einer nationalen (deutschen) Identität zusammenfassbar sind und welche Wertedifferenzen toleriert werden können bzw. sollen.

Die oben beschriebenen gesellschaftlichen Unterschiede haben unsere jeweiligen Wertedebatten, Ethik und Politik bestimmt. In den Vereinigten Staaten wurde die Wertedebatte vor allem von religiösen Gruppen vorangetrieben. Man führte sie öffentlich teilweise mit dem Ziel eines politischen Gewinns. Diese Debatte war lebhaft und pluralistisch. Sie schloss verschiedene protestantische Bekenntnisse, Säkularisten, Katholiken und ethnischen religiösen Gruppen, vor allem Amerikaner afrikanischer (*African Americans*) und lateinamerikanischer Herkunft (*Hispanics*) mit ein. Die deutsche politische Debatte hingegen brachte zwar auch ethische Dimensionen mit sich. Es fehlten jedoch die direkten religiösen Interventionen oder die politische Ausbeutung der Religion, die den amerikanischen Diskurs charakterisiert hatten. Wie in den Vereinigten Staaten, haben führende deutsche Politiker mit den ethischen Fragen gerungen, die sich durch Fortschritte in der Technologie stellten. Die deutsche Gesellschaft als Ganzes ist jedoch weniger sozialkonservativ, als die der Vereinigten

Staaten, was Deutschland wiederum ermöglichte, einen praktikablen Konsens für einige der „heißen“ sozialen Streitfragen zu finden. Es gibt eine nennenswerte Ausnahme von diesem Muster in der deutschen Debatte: die Diskussion über die Integration der großen Zahl von Muslimen in Deutschland. Der Rechtsstreit, ob einer Beamtin das Tragen eines Kopftuchs (*hijab*) erlaubt sein solle, war – ebenso wie der dänische Karikaturenstreit oder die öffentliche und veröffentlichte Debatte über Ehrenmorde und Zwangsehen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft – öffentlich und enthielt explizit religiöse Elemente.

Deutsch-amerikanische Gemeinsamkeiten: Anreize und Möglichkeiten für Werte in der Politik

Obwohl der gesellschaftliche Kontext und die Art und Weise der Wertedebatte in den Vereinigten Staaten und Deutschland unterschiedlich sind, teilen diese zwei Länder wichtige Gemeinsamkeiten:

Globalisierung: ein gemeinsame Triebkraft der Debatte

Globalisierung und all ihre Folgen – größerer wirtschaftlicher Wettbewerb und geographische Verlagerung, massive Migration und das Eindringen fremder kultureller Einflüsse durch weltweite Kommunikation und Mobilität – erzeugen soziale und wirtschaftliche Belastungen sowohl in Deutschland als auch den Vereinigten Staaten. Viele Deutsche und Amerikaner fühlen sich wirtschaftlich und sozial verwundbar, da die traditionellen Säulen der Gesellschaft – politische Institutionen, Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen, soziale Sicherungssysteme, Gemeindestrukturen und sogar die Familie – bedroht zu sein scheinen und ihnen nicht länger ihre einstige Bedeutung zukommt. Deutsche und Amerikaner sehen sich außerdem mit Problemen religiöser, ethnischer und kultureller Vielfalt konfrontiert – sowohl in ihrer unmittelbaren Umgebung durch gestiegene Immigration, als auch anderswo im Zusammentreffen mit dem globalisierten Islam. In den Vereinigten Staaten stärkt soziale Unsicherheit populistische und protektionistische Kräfte; es könnte auch eine wieder auflebende Religiosität und ein Verlangen nach traditionellen Werten verstärken. In Deutschland und anderen Teilen Europas manifestiert sich die durch die Globalisierung hervorgerufene Unsicherheit und Verletzlichkeit in unterschiedlicher Weise: Opposition zur weiteren Erweiterung der EU, wachsende Sorgen über Immigration und

muslimische Minderheiten und die Angst vor dem Verlust kultureller Determinanten und Lebensweisen, die die europäischen Gesellschaften geprägt haben. Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch Deutschland konfrontiert uns die Globalisierung mit Entscheidungen darüber, welche Art von Gesellschaft wir sein werden und wie wir mit Vielfalt in der Welt umgehen werden. Diese Entscheidungen werden Werte beinhalten.

Politische Anreize für die Wertedebatte: Schwindende Parteiloyalität und neue ethische Dilemmata

Öffentliche Meinungsumfragen zeigen, dass sowohl Amerikaner als auch Europäer ihren Institutionen weniger vertrauen, darunter auch politischen Parteien und nationalen Regierungen. In Deutschland haben die beiden großen Parteien Mitglieder und Wähler in den jüngsten Wahlen verloren. In den USA steigt die Zahl der unabhängigen Wähler. In dieser Situation haben die republikanische und die demokratische Partei mit Appellen an die Werte ihrer Wähler reagiert und versucht, mit religiösen Bezügen eine gemeinsame Identität zu signalisieren. In Deutschland war die Reaktion eine andere – die Herausforderungen gleichen sich jedoch: wie stellt man Vertrauen, Loyalität und ein Zugehörigkeitsgefühl zu und Identifikation mit einer großen politischen Partei her.

Zudem sehen sich die USA und Deutschland als Konsequenz aus technologischem und wissenschaftlichem Fortschritt mit schwierigen ethischen Entscheidungen in der Politik konfrontiert, wie man in den jeweiligen Debatten über Stammzellen und Genforschung, Klonen und lebensverlängernde Maßnahmen erkennen konnte. In beiden Ländern sind traditionelle politische Strukturen und Prozesse möglicherweise nicht in der Lage, das rasante Tempo und die Art der wissenschaftlichen Innovation zu bewältigen. Politische Parteien und Regierungen müssen sich dennoch mit schwierigen ethischen Entscheidungen an der Schnittstelle zwischen Forschung und Politik auseinandersetzen.

Die moralische Dimension des deutschen und amerikanischen politischen Diskurses

Wie oben angemerkt spielen moralische und religiöse Argumentationen eine prominente Rolle in der amerikanischen Debatte über „heiße“ (*hot button*) soziale Themen. Bei außenpolitischen Fragen appellieren führende amerikanische Politiker häufig an

das gemeinsame Gefühl der Bestimmung und der Sendung, um öffentliche Unterstützung für außenpolitische Aktionen zu gewinnen – so auch Präsident Bush, als er am Vorabend des Irakkrieges erklärt: „Die Sache, der wir dienen, ist richtig, weil sie die Sache der ganzen Menschheit ist.“ Obwohl er von ganz unterschiedlichen Faktoren bestimmt wird, offenbart der deutsche politische Diskurs über Außenpolitik ebenfalls einen zutiefst moralischen Ton. Der moralische Prüfstein ist häufiger Geschichte als Religion. Die öffentliche Debatte um Deutschlands Platz in der Welt und um die Notwendigkeiten und Beschränkungen, die seine Außen- und Sicherheitspolitik leiten, offenbart Offenheit für ethische und moralische Sichtweisen.

Neue globale Herausforderungen: Neue Bedeutung der Religion

Sowohl Deutschland als auch die Vereinigten Staaten kommen in Zukunft kaum umhin, sich der Rolle der Religion in der weltweiten Politik zu stellen. Statt sich stetig in Richtung Säkularität zu entwickeln, erlebt ein Großteil der Welt ein Wiederaufleben der Religion und religiösen Einflusses. In Anbetracht der globalen demographischen Trends steigt tatsächlich der Anteil der Weltbevölkerung, der Religion als wichtige Leitlinie für ihre Überzeugungen, Werte und Taten annimmt. Das Wiedererstarken ist in Teilen der Ausbreitung der Demokratie geschuldet, da religiöse Gruppen oft am besten vorbereitet sind, demokratische Freiräume zu nutzen.

Der Einfluss von Religion auf die jeweiligen Debatten über politische Entscheidungsprozesse und Politikbereiche ist ohnehin evident. Religion – und die Werte, die sie beinhaltet – spielen eine prominente Rolle in unseren jeweiligen Debatten über die Integration muslimischer Bevölkerungsgruppen, die innerhalb unserer Grenzen leben. In Europa finden sich religiöse Untertöne gerade in der Diskussion um die europäische Identität und um die kulturellen und politischen Grenzen (darunter auch der Frage nach dem möglichen EU-Beitritt der Türkei). Weder die Vereinigten Staaten noch Deutschland werden in der Lage sein, sich den Herausforderungen eines globalisierten Islams zu entziehen. Wie der dänische Karikaturenstreit zeigt, überkreuzen sich die innen- und außenpolitischen Dimensionen des westlichen Verhältnisses zum Islam und führen zu unvorhergesehenen Konsequenzen.

Schlussfolgerung: Lektionen aus der amerikanischen Praxis?

Die entscheidenden Unterschiede zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gebieten zur Vorsicht, wenn es um die Übertragbarkeit der amerikanischen Erfahrungen auf andere Kontexte geht. Jedoch lassen sich einige „negative“ Lektionen aus der amerikanischen Debatte entnehmen:

- ***Werte können alles und nichts bedeuten***

Bis vor kurzem bestimmten konservative Christen, in enger Allianz mit republikanischen Strategen, die Debatte über Werte um so eine konservative christliche Agenda voranzubringen, die Familien, traditionelle Sexualmoral, religiöse Erziehung, traditionelle Geschlechterrollen und die Präsenz des Christlichen im öffentlichen Leben fördert. Seit den Wahlen 2004 hat eine aufkeimende „Christliche Linke“ Christen dazu gedrängt, progressive Anliegen wie soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung, Umwelt- und Klimaschutz, Entwicklung und humanitäre Hilfe im Ausland sowie Frieden zu unterstützen. Umstritten ist in dieser anhaltenden Debatte die eigentliche Bedeutung von „Werten“. Das Endergebnis könnte ein neuer Konsens für ein erweitertes, glaubensbasiertes politisches Programm sein. Es ist jedoch auch vorstellbar, dass die Debatte in einem konfusen und dissonanten Patt endet, in dem Werte gleichzeitig alles und nichts bedeuten.

- ***Wertedebatten in pluralistischen Gesellschaftlichen sind von Natur aus entzweierend***

Auch wenn die gezielte Einführung von Werten in den politischen Diskurs es Parteien möglicherweise erlaubt, die grundlegende Motivation der Wähler zu erreichen, können Werte sowohl spalten als auch einen. Das Einbringen religiöser Argumentation kann umso trennender sein, da Religion absolute und oft unvereinbare oder unversöhnliche Wahrheitsansprüche beinhalten kann. Es gibt Anzeichen dafür, dass die Amerikaner sich den Gefahren von Wertedebatten bewusst werden. In seinem neuen Buch, *Faith and Politics*, vertritt der frühere republikanische Senator, Botschafter und ordinierte Pfarrer der Episkopalkirche, John Danforth, die Auffassung, dass Religion in der politischen Sphäre von Natur aus entzweierend ist. Danforth empfiehlt eine Politik der Aussöhnung und der Wie-

derherstellung der politischen Mitte.³ Das Ziel pragmatischer Kooperation statt fundamentaler Prinzipien steht auch im Mittelpunkt des Appells des bekannten Biologen E.O. Wilson.⁴ Wilson fordert die Evangelikalen auf, mit Umweltschützern beim Schutz der Umwelt zusammenzuarbeiten, ungeachtet ihrer Differenzen bezüglich der Evolution. Zusätzlich zum Pragmatismus könnten die Vereinigten Staaten verstärkt mit Wertekonflikten durch den neu belebten Föderalismus konfrontiert werden. Dieser würde die Rechte der Staaten schützen, in kontroversen Angelegenheiten, in denen Amerikaner je nach ihrer geographischen Zugehörigkeit und ihrer historischen Prägung unterschiedliche Ansichten vertreten, selbst zu entscheiden.

- ***Die politische Instrumentalisierung von Werten kann Gegenbewegungen und Zynismus verstärken***

Das amerikanische Beispiel unterstreicht zudem die möglichen Gefahren einer Instrumentalisierung von Werten und Religion zum Zweck des politischen Vorteils. Die politische Mobilisierung von Evangelikalen in den Präsidentenwahlen 2004 diente als Fanfarenstoß für alle Wähler, die nicht für Bush gestimmt hatten, sich jedoch selbst als moralisch feste Individuen betrachteten, mit anderen Worten: „Wertewähler“. Als Präsident Bush und der amerikanische Kongress – unter dem Druck der religiösen Konservativen – im Fall der sterbenden Frau aus Florida, Terri Schiavo, intervenierten, glaubte eine deutliche Mehrheit der Amerikaner, dass die Regierung und die Evangelikalen einen Schritt zu weit gegangen waren.⁵ Danforth und andere haben die Haltung vertreten, dass der Fall Schiavo eine Art „Fingerzeig“ gewesen sein könnte, der die Öffentlichkeit zu einem langen und kritischen Blick auf den Einfluss der Christlichen Rechten auf die amerikanische Politik gezwungen habe. Umgekehrt kann die Instrumentalisierung von Religion ebenso ihren Tribut bei ihren primären Zielgruppen fordern – bei weißen Evangelikalen nämlich, von denen sich einige von führenden Republikanern unzureichend vertreten oder ausgenutzt fühlen.

3 Senator John Danforth, *Faith and Politics: How the 'Moral Values' Debate Divides America and How to Move Forward Together* (New York: Viking, 2006).

4 Edward O. Wilson, *The Creation: An Appeal to Save Life on Earth* (New York: W.W. Norton, 2006).

5 Im Fall Schiavo handelte es sich um den Streit um eine im Koma liegende Amerikanerin. Während der Ehemann die Beatmungs- und Ernährungsmaschinerie abschalten lassen wollte, bestanden die Eltern auf eine Fortsetzung der lebensverlängernden Maßnahmen. Nach heftigen Debatten, in die sich auch der Präsident und evangelikale Gruppen einschalteten, stimmte der Oberste Gerichtshof für die Forderung des Ehemannes.

Andererseits legen die amerikanischen Erfahrungen auch nahe, dass weder die Vereinigten Staaten noch Deutschland in der Lage sein werden, sich ethischen und religiösen Fragestellungen in der Innen- und Außenpolitik völlig zu entziehen. Die Art, in der sie sich mit diesen Themen auseinandersetzen werden, wird sich unterscheiden. Amerikanische Debatten beziehen typischerweise eine große Bandbreite von zivilgesellschaftlichen Gruppen in einen sehr öffentlichen Austausch ein, während die Deutschen sich lieber auf Expertenkommissionen und politische Führungskräfte verlassen, um einen Weg durch ethisch heikles Gebiet zu weisen. Ungeachtet der gewählten Methode könnte eine verantwortungsvolle Diskussion über ethische Prinzipien und Werte für beide Gesellschaften nutzbringend sein:

- ***Werte als Reformmotor***

Durch die Formulierung wichtiger ethischer Entscheidungsmöglichkeiten kann die politische Elite wieder eine Verbindung zu den grundlegenden Motivationen und Sorgen ihrer Bürger herstellen. Dies könnte der erste Schritt zum Kampf gegen politische Apathie sein und einen breiteren Konsens zur Unterstützung der schwierigen vor uns liegenden Reformen in Politik und Wirtschaft schmieden. Wenn Politiker die Bürger daran erinnern, dass ihre fundamentalen Werte auf dem Spiel stehen, können sie die Aufmerksamkeit von kurzfristigen und begrenzten Gewinnen und Verlusten auf ein Gefühl der moralischen Verantwortung und die Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl lenken. Ein typisches Beispiel dafür ist die gegenwärtige Debatte über Klimawandel und die Umwelt in den Vereinigten Staaten. Obwohl die Bush-Regierung gegen eine landesweite Initiative zum Klimawandel ist, könnte auf Ebene der Gemeinden und Bundesstaaten ein grundlegender Wandel im Denken entstehen. Evangelikale und religiöse Wähler sind von diesem Trend nicht ausgeschlossen. Indem sie Christen an ihre Verantwortung zur „Bewahrung der Schöpfung“ erinnern, appellieren progressive Politiker an die Werte religiöser Werte und ermutigen sie zu einer Überprüfung amerikanischer Politik.

- ***Diskussionen über Werte sind schwierig, aber in pluralistischen Gesellschaften notwendig***

In unseren zunehmend vielschichtigen Gesellschaften sind Wertekonflikte unvermeidlich. Von dieser Erkenntnis ausgehend kann es besser sein, die Wer-

tedimensionen unserer Debatten auszusprechen, statt sie unbeaufsichtigt köcheln zu lassen. Zuallererst kann eine explizitere Diskussion dieser Werte helfen, die Natur des Problems oder Konflikts korrekt zu bestimmen. Zum Beispiel konzentrieren sich in Europa viele Diskussionen über gescheiterte Integration großer muslimischer Bevölkerungsgruppen auf die religiösen Unterschiede. Doch sind diese Probleme wirklich religiösen Überzeugungen geschuldet? Sind sie nicht vielmehr in den kulturellen Unterschieden oder den sozioökonomischen Bedingungen der Immigranten verwurzelt? Wir müssen verstehen, wann Wertekonflikte involviert sind und wann nicht. Wo sie es sind, kann ein besseres Verständnis der erste Schritt dazu sein, einen Konsens darüber zu finden wie wir entweder diese Unterschiede auflösen oder mit ihnen leben können, sowohl innerhalb unserer Gesellschaften als auch im Umgang mit anderen Nationen.

Schlussendlich mag es keinen Weg geben, eine Auseinandersetzung mit Werten in der Politik zu vermeiden. Werte können eine moralbasierte Richtung für unsere Gesellschaften vorgeben und Identitäten in einer sich verändernden Welt festigen. Wie das amerikanische Beispiel zeigt, bergen Wertedebatten Gefahren – neue Schismata, Kulturkriege, Zynismus oder den Ausschluss von Minderheitsmeinungen. Die Herausforderung wird für Deutschland und die Vereinigten Staaten darin liegen, die Diskussionen über Werte, Normen, Politik und Identität auf verantwortungsvolle und produktive Weise zu führen.

Die Autorin

Cathleen Fisher ist Vizepräsidentin für institutionelle Beziehungen am Center for Strategic and International Studies (CSIS) in Washington, D. C. Zuvor war sie stellvertretende Direktorin des Amerikanischen Instituts für Deutschlandstudien (American Institute for Contemporary German Studies – AICGS) ebenfalls in Washington, D.C.